

# QUARTALSBERICHT

**Projektländer: Jordanien, Syrien, Libanon**

**Quartal / Jahr: IV/2011**

## **1. SCHLAGZEILEN**

### **1.1 Jordanien**

- Neue Regierung soll verloren gegangenes Vertrauen zurückgewinnen
- Protestbewegung ist mit dem Tempo des Reformprozesses unzufrieden
- Wirtschaftliche oder politische Reformen oder gar beides zusammen ?

### **1.2 Syrien**

- Sanktionen der Arabischen Liga werden nicht von allen Mitgliedsstaaten mitgetragen, was die Erwartungen an den UN-Sicherheitsrat erhöht
- Beobachtermission der Arabischen Liga zeigt nicht den erhofften Erfolg, da ein Abnehmen der Gewalt bisher nicht festzustellen ist

### **1.3 Libanon**

- Ereignisse in Syrien beeinflussen zunehmend auch die Innenpolitik
- Ministerpräsident Mikati setzt unter Androhung seines Rücktritts die Zahlung des libanesischen Beitrags zur Finanzierung der Kosten des Sondertribunals in Den Haag in letzter Minute durch

Die Protest- und Reformbewegung in der arabischen Welt, die unter dem Namen 'Arabischer Frühling' 2011 für viel Furore gesorgt hat, feiert dieser Tage ihren ersten Jahrestag. Dies wurde von ausländischen, aber auch von vielen Medien in den betreffenden Ländern selbst, zum Anlass genommen, eine erste Bilanz dessen zu ziehen, was in den zurückliegenden 12 Monaten erreicht worden ist.

Die Bilanz fällt gemischt aus und nicht wenige Beobachter der Ereignisse des Jahres 2011 werden nachdenklich, wenn sie die Forderungen der (Jugend-) Protestbewegung mit dem vergleichen, was sich derzeit abzeichnet.

In Ländern wie Tunesien und Ägypten, deren Präsidenten nach nur wenigen Wochen des Protests gestürzt worden waren, haben die ersten weitgehend freien Wahlen stattgefunden. Die Ergebnisse scheinen viele Beobachter überrascht zu haben. Der Neuanfang hat begonnen. Ein Neuanfang, von dem sich viele Menschen erhoffen; dass er nicht nur politische, sondern vor allem auch wirtschaftliche Verbesserungen für sie mit sich bringt. Aktuell ist es noch zu früh, um abzusehen, welche Veränderungen die Wahlergebnisse mittel- bis langfristig mit sich bringen werden. Die Hoffnungen, nicht nur im Westen, gehen in Richtung offener und toleranter Gesellschaften, einer weitgehend als demokratisch zu bezeichnenden Staatsform, die politische Partizipation zulässt sowie einer Führung, die durch freie und faire Wahlen vom Volk legitimiert ist. Ob diese Hoffnungen realistisch, oder am Ende nur Wunschdenken sind, wird sich zeigen müssen.

In Tunesien, das sich als Mutterland des Arabischen Frühlings versteht, haben am 23. Oktober 2011 die Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung stattgefunden. Die islamische Ennahda-Partei mit ihrem Vorsitzenden, Rachid al-Ghannouchi, ist mit knapp 40 Prozent der abgegebenen Stimmen bzw. 89 der zu vergebenen 217 Sitze als deutlicher Sieger daraus hervorgegangen. Hamadi Jebali, Generalsekretär der Ennahda, steht seit dem 24. Dezember 2011 als Ministerpräsident an der Spitze eines aus drei Parteien bestehenden Bündnisses, das von der Ennahda dominiert wird. Die Reden der beiden ranghohen Ennahda-Vertreter klingen nicht radikal. Sie werden nicht müde zu betonen, dass sie die Grundsätze der Demokratie respektieren werden. Die Beziehungen zu Europa sollen gestärkt werden. Die Türkei und die AKP, die Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung des türkischen Ministerpräsidenten Recep Tayyip Erdogan, sollen Vorbild für das neue Tunesien sein, nicht der Iran. So zumindest deren Antwort auf Fragen, die die politische und gesellschaftliche Zukunft des Landes zum Inhalt haben. Für viele Tunesier hat sich auch ein Jahr nach dem Sturz Ben Alis nur wenig geändert. Nach offiziellen Angaben ist die Arbeitslosenquote zum Jahresende 2011 auf 18,3 Prozent gestiegen (zum Jahresanfang lag sie bei 13,3 Prozent). Das Wirtschaftswachstum ist nahezu zum Erliegen gekommen. Wenn sich die wirtschaftlichen Parameter in 2012 nicht verbessern, stehen neue Unruhen zu befürchten. Die von den als gemäßigt bezeichneten Islamisten geführte Regierung konnte bei Demokraten bisher nur wenig Vertrauen wecken, auch wenn sich extremistische Tendenzen in Richtung eines islamistischen Gottesstaates bisher nicht bewahrheitet haben.

In Ägypten ist aus den gerade zu Ende gegangenen Wahlen zur Volksversammlung nicht nur eine als islamisch bzw. gemäßigt islamistisch bezeichnete Partei, die Freiheits- und Gerechtigkeitspartei - FJP, sondern darüber hinaus auch eine als salafistisch-islamistisch zu bezeichnende Partei, die Partei des Lichts - Al-Nour, als Sieger hervorgegangen. Die beiden Parteien konnten mehr als 70% der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigen. Entsprechend dem amtlichen Endergebnis vom 21. Januar 2012 sind 47,2% der abgegebenen Stimmen bzw. 235 der zu vergebenen 498 Mandate auf die FJP entfallen und 24,6% der abgegebenen Stimmen bzw. 123 der 498 Mandate auf die Al-Nour. Die Jugendbewegung, die die Proteste, die zum Sturz Mubaraks geführt haben, am 25. Januar 2011 ausgelöst und in großen Teilen auch initiiert hat, konnte lediglich sieben Mandate erringen. Frisst die Revolution ihre Kinder? Wenn man sieht, was gegenwärtig in Ägypten geschieht und was durchaus auch in anderen Ländern noch geschehen könnte, hat es den Anschein. Wer um die Bedeutung des Landes in der arabischen Welt weiß, kann verstehen, warum dieses Wahlergebnis Kopfzerbrechen bereitet. Die Nachdenklichkeit nimmt noch zu, wenn man sich das Ergebnis einer erst kürzlich im gesamten Nahen Osten durchgeführten repräsentativen Umfrage vor Augen hält. 84% der in Ägypten Befragten bezeichneten in dieser Umfrage die Todesstrafe für Abtrünnige vom Islam als gerecht und angemessen. 82% die Steinigung als Strafe für Ehebrecher und 77% das Auspeitschen und Handabhacken als Strafe für Diebstahl. Für die Türkei lagen die entsprechenden Umfrageergebnisse übrigens um mehr als die Hälfte unter denen in Ägypten.

Ob angesichts solcher Umfrageergebnisse noch von einem gemäßigten Islam gesprochen werden kann, muss bezweifelt werden. Zwar soll in Ägypten ein Parteienbündnis unter Ausschluss der Al-Nour Partei gebildet werden, doch auch ohne die Al-Nour Partei wird sich die Politik des Landes künftig verändern. Die USA

stellen sich zunehmend den neuen Gegebenheiten. Hochrangige politische Vertreter suchen immer öfter das Gespräch mit den Muslimbrüdern. Nicht nur in Ägypten. Ob in diesem Kontext die islamisch-konservative Partei des türkischen Ministerpräsidenten Recep Tayyip Erdogan, die Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung - AKP, als Vorbild für das Entstehen moderat-islamischer Parteien bzw. Staaten dienen kann, ist fraglich. Dahingehende Äußerungen, die der türkische Ministerpräsident im Rahmen seiner Reise durch Ägypten, Libyen und Tunesien im September 2011 in allen Ländern gemacht hat, waren schon damals nicht auf ungeteilte Zustimmung gestoßen. Dass Islam und Demokratie in der Türkei eine Symbiose eingegangen sind, die für die Länder des Arabischen Frühlings beispielgebend sein kann, wurde in der arabischen Welt noch nie unwidersprochen geteilt. Nicht wenige sehen das im vergangenen Jahr stark zugenommene Engagement der Türkei in der arabischen Welt mit Skepsis. Das osmanische Reich ist noch nicht so lange untergegangen, als dass es bereits bei allen in Vergessenheit geraten ist. Immer wieder fallen in diesem Zusammenhang Vokabeln wie 'Hegemonialbestrebungen' oder auch 'Einmischung', gleichwohl man derartiges der Türkei eher zugesteht als dem Iran, der in der Region ebenfalls um die Erweiterung seiner Einflussphäre bemüht ist.

Während das Beispiel Türkei den einen, d.h. vor allem den bürgerlichen Kräften, bereits zu weit geht, geht es den anderen, d.h. vor allem den konservativen Kräften, bei weitem nicht weit genug. Insbesondere die Machthaber am Golf setzen sich gegen gemäßigt islamische oder gar demokratische Staatsformen in ihrer Nachbarschaft zur Wehr. So wurde den Monarchien in Marokko und Jordanien in 2011 die Mitgliedschaft im 'Gulf Cooperation Council - GCC' angeboten, was Jordanien in früheren Jahren zweimal verwehrt worden war. Was die Golf-Staaten damit bezwecken, wird deutlich, wenn man sich über das vorgenannte Angebot hinaus vor Augen hält, was in der Region weniger als Vermutung denn als Fakt bezeichnet wird. Saudi-Arabien, Kuwait und Katar sollen in den Ländern des Arabischen Frühlings in 2011 islamistische Parteien mit bis zu 1 Mrd. US-Dollar unterstützt haben. Zu überprüfen ist das nur schwer, am wenigsten noch die genannten Summen. Die entsprechenden Hinweise kommen jedoch aus Kreisen, die man als gemeinhin bestens unterrichtet bezeichnen muss. Die Empfänger dieses Geldregens haben das Geld ganz überwiegend nicht zum Kauf von Waffen verwendet. Vielmehr haben sie das großzügig zur Verfügung gestellte Geld für soziale Projekte, zur Linderung der Armut, für Nahrungsmittelhilfen für die Armen, zur Deckung medizinischer Behandlungskosten und für die Pflege von Kranken, zur Versorgung von Waisen und nicht zuletzt für den Bau von Schulen verwendet. Sie haben schlichtweg das getan, was eigentlich die Aufgabe des Staates bzw. seiner Verwaltung ist. Darüber hinaus wurde das Geld natürlich auch für den Auf- und Ausbau streng islamischer Parteien sowie für deren Wahlkämpfe verwendet. Die bereitgestellten Gelder scheinen ihren Zweck erfüllt zu haben, wenn man die ersten Wahlergebnisse in Tunesien, Marokko und Ägypten betrachtet, und es sollte niemand glauben, dass die Ergebnisse im Rahmen freier und fairer Wahlen in Libyen, in Syrien, im Jemen und auch in Jordanien wesentlich anders ausfallen würden, wenn dort morgen gewählt werden würde.

Eine vergleichsweise geringe Zahl von Menschen tritt in den Ländern des Arabischen Frühlings für das ein, was der Westen als einen laizistischen Staat bezeichnet. Die Trennung von Staat und Religion. Nach deren Auffassung soll die Religion keinen Einfluss auf das öffentliche Leben von Menschen in der Gesell-

schaft haben. Ihre Forderung ist nicht gegen die Religion gerichtet. Sie erklärt sie lediglich zur Privatsache. Wenn heute über dieses Thema diskutiert wird, so sollte man nicht vergessen, dass auch in Europa die Trennung von Staat und Religion noch nicht so lange zurückliegt. Die diesbezügliche Entwicklung setzte Ende des 19. Jahrhunderts in Frankreich ein. Der Laizismus, ein Begriff, der um 1870 in Frankreich geprägt worden ist, entwickelte sich dort aus dem Geist der Französischen Revolution und der Aufklärung. 1905 wurde in Frankreich das Gesetz zur Trennung von Religion und Staat verabschiedet, 1919 in Deutschland die Trennung von Staat und Kirche eingeführt. Nur fünf Jahre vor deren Verankerung in der türkischen Verfassung von 1924. Die Türkei gilt seit der Staatsgründung durch Kemal Atatürk als laizistischer Staat, gleichwohl dort die Trennung von Staat und Religion im Schwinden begriffen ist. Die Politik des gegenwärtigen Ministerpräsidenten Recep Tayyip Erdogan und dessen Partei, der AKP, hat die schon von Kemal Atatürk nie ganz vollzogene Trennung von Religion und Staat weiter aufgeweicht. Das zu Atatürks Zeiten verbotene offene Zeigen von islamischen Symbolen, zu denen auch das Kopftuch der Frauen gezählt hat, wird so gut wie nicht mehr beachtet. Die Ausbildung der islamischen Vorbeter, der Imame, hatte bereits Atatürk nicht aus der Hand gegeben, um so die Kontrolle über das, was in der Moschee verkündet wird, zu behalten. Laizistische Tendenzen bzw. Toleranz gegenüber Minderheiten gab es in der deutschen Geschichte übrigens schon deutlich früher. Vom Preußenkönig Friedrich II. ist bereits aus dem Jahre 1740 der Ausspruch überliefert: „Ein jeder soll nach seiner Façon glücklich werden“. Dieser Ausspruch fasste die Offenheit und Toleranz Preußens gegenüber Einwanderern, aber auch religiösen Minderheiten wie den Hugenotten und Katholiken, in eine griffige Formel.

Für die überwiegende Zahl der Menschen in den Ländern des ‘Arabischen Frühling’ ist ein laizistischer Staat völlig undenkbar. Für sie gilt: Der Islam ist Religion und Staat in einem. ‘Din wa-dawla’, wie man in der arabischen Welt sagt. Sie treten für einen starken Islam in allen Bereichen des Lebens ein. Dies umfasst u.a. alle Bereiche der Rechtsprechung, nicht nur das Familienrecht. Einmal mehr war dies 2011 in Jordanien zu beobachten, als am Widerstand einflussreicher politischer und gesellschaftlicher Kräfte scheiterte, die Gleichstellung von Mann und Frau in der in 42 von 128 Artikeln geänderten Verfassung von 1952 zu verankern. Die Diskriminierung nach Herkunft, Sprache und selbst Religion, ist qua Verfassung untersagt. Nicht aber nach dem Geschlecht. Während die einen dafür die Religion verantwortlich machen, sehen andere mehr die Kultur und die noch sehr traditionell geprägte Gesellschaft Jordaniens als die Hauptursache für das Scheitern an. Vermutlich ist es eine Mischung aus allem.

Die bestehenden, sehr unterschiedlichen Vorstellungen bezüglich der künftigen politischen und wirtschaftlichen Strukturen sowie der Rechts- und Gesellschaftsordnung zusammen zu bringen, wird in den kommenden Monaten eine der wesentlichen Aufgaben sein. Davon, dass islamische Kräfte in allen Staaten des ‘Arabischen Frühling’ künftig eine größere Rolle spielen werden, kann man getrost ausgehen. Wer anderes geglaubt oder auch nur gehofft hat, wird jeden Tag eines Besseren belehrt.

Erschwerend zu dem zuvor Geschriebenen kommt hinzu, dass religiös motivierte Spannungen und Gewalt in einer Reihe von Ländern zunehmen. Dies beschränkt sich nicht auf Muslime und Christen. Im Gegenteil. Die Spannungen und die Gewalt innerhalb der muslimischen Glaubensgemeinschaft scheinen weitaus größer

zu sein und die Konsequenzen, die daraus erwachsen können, könnten das, was man bisher im Rahmen des 'Arabischen Frühling' zu sehen bekommen hat, noch in den Schatten stellen. Einmal mehr ist der Iran in diese Entwicklung involviert.

Zwar haben die Übergriffe auf Kopten in Ägypten seit dem Jahreswechsel 2010/2011 eine neue Qualität erreicht, doch sind Übergriffe auf Christen mit Blick auf das, was in den zurückliegenden Jahren aus dem Irak berichtet worden ist, nicht grundsätzlich neu. Selbst im Falle Ägyptens überrascht weniger dass, sondern vielmehr in welchem Ausmaß und mit welcher Gewaltbereitschaft dies seit Dezember 2010 geschieht. Während Christen im Irak lediglich einen Anteil von bis zu 3% der Gesamtbevölkerung ausmachen (viele haben in den zurückliegenden Jahren das Land bereits verlassen), liegt deren Anteil an der Bevölkerung in Ägypten mit rund 10% sowohl prozentual als auch absolut betrachtet deutlich höher. Spannungen und Gewalt zwischen Muslimen und Christen gibt es auch in anderen Ländern. Diese können, je nachdem wie die Entwicklung in diesen Ländern weiter gehen wird, auch noch zunehmen. Ob Christen in einem Syrien der nach Ära Assad noch den Schutz genießen wie bisher, ist eher unwahrscheinlich. Sie stellen dort rund 15% der Bevölkerung und sind wie die herrschenden Alawiten, die rund 6% der Bevölkerung ausmachen, eine Abspaltung der Schia sind und damit dem muslimischen Teil der Bevölkerung angehören, eine Minderheit. Die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung Syriens ist sunnitischen Glaubens (rund 75%). Auch im Libanon, der mit bis zu 40% den größten christlichen Bevölkerungsanteil aller arabischen Länder aufweist, gibt es zwischen der Bevölkerung muslimischen und christlichen Glaubens Spannungen. Offene Gewalt ist hier aber noch die Ausnahme. Selbst aus Jordanien, wo Christen einen Bevölkerungsanteil von bis zu 5% ausmachen und wo man im persönlichen Erleben keiner Probleme oder gar Spannungen gewahr wird, wird berichtet, dass das, was man gemeinhin mit Schikanen bezeichnet, im Fortschreiten begriffen ist.

Gravierender noch als die Übergriffe auf Christen ist, dass in einer Reihe von Ländern die gewalttätigen Auseinandersetzungen unter den Muslimen zunehmen. Der Irak ist hier einmal mehr an vorderster Stelle zu nennen. Seit dem Abzug der amerikanischen Truppen, der Ende des Jahres 2011 abgeschlossen war, nehmen die Anschläge wieder deutlich zu. Inzwischen wird ganz offen über die Möglichkeit eines Bürgerkriegs im Irak gesprochen, der zuvorderst zwischen Schiiten und Sunniten ausgetragen werden würde. Die Kurden, die nach wie vor für mehr Unabhängigkeit im (Nord-) Irak kämpfen und darüber hinaus zu großen Teilen in den ölfreie Regionen des Landes ansässig sind, scheinen derzeit eine eher untergeordnete Rolle zu spielen. Sie dürften wieder stärker in den Fokus geraten, wenn es um die Vergabe der lukrativen Konzessionen zur Ölförderung geht. Wohin die daraus resultierenden Gewinne fließen, dürfte dann im Mittelpunkt der zu erwartenden Auseinandersetzungen stehen. Ein erster Versuch, Konzessionsrechte zur Ölförderung zu vergeben, scheiterte. Er scheiterte an den vorgenannten Fragen, er scheiterte aber auch, weil massive Korruptionsvorwürfe an Abgeordnete und Minister des Parlaments in Bagdad aufgekommen waren, die nach den vorliegenden Informationen nicht als ungerechtfertigt bezeichnet werden können. Eine Auseinandersetzung zwischen Sunniten und Schiiten scheint sich auch in Syrien anzubahnen, wo die Mehrheit der Bevölkerung der sunnitischen, die Minderheit der herrschenden Alawiten hingegen der schiitischen Glaubensrichtung zugehörig ist. Religionszugehörigkeit war in Syrien bisher kein Thema, was u.a. auch daran lag, dass das Sagen in Politik, Wirtschaft, Militär und Sicherheitsap-

parat in den Händen einer Minderheit lag, deren größtes Interesse darin bestand, das sensible Thema der Religionszugehörigkeit zu marginalisieren. Nach einem Sturz des Regimes Assad, wovon mittelfristig auszugehen ist, dürfte sich dieses ändern. Es steht zu befürchten, dass die Mehrheit der Sunniten nicht nur die Führung des Landes zu übernehmen versuchen, sondern darüber hinaus auch die Abrechnung mit dem System Assad suchen wird. Nach derzeitiger Lage muss in einem solchen Fall davon ausgegangen werden, dass der Iran bzw. die Hisbollah den Alawiten zu Hilfe eilen wird. In der 3. Januarwoche 2012 wurde berichtet, dass im Libanon Dutzende von Kleinlastwagen mit Hisbollah-Kämpfern, die mit Handwaffen ausgestattet waren, auf dem Weg Richtung syrischer Grenze beobachtet worden sind. Auf Seiten der Sunniten dürfte sich vor allem Saudi-Arabien engagieren.

Was Libyen angeht, dessen früherer Präsident *Muammar al-Gaddafi* erst nach Monaten gewaltsamer Auseinandersetzungen und dem Tod von mehr als 30.000 Menschen gestürzt werden konnte, so steht auch dort ein Neuanfang bevor. Die Libyer sind gerade dabei, einen neuen Staat aufzubauen. Wahlen stehen hier erst später auf dem Programm. Gegenüber Tunesien und Ägypten hat Libyen den Vorteil, dass es, wenn es gelingt die Ölförderung wieder in Gang zu bringen, über vergleichsweise hohe eigene Einkünfte verfügt, die für den Aufbau und die Entwicklung des Landes eingesetzt werden können. Negativ kann sich im Vergleich zu den beiden vorgenannten Ländern die sehr stammesgeprägte Gesellschaft des Landes auswirken. Hier könnte noch größerer Abstimmungsbedarf mit und zwischen den einzelnen Stämmen notwendig werden, was sich auf den Wiederaufbau und die Entwicklung des Landes negativ auswirken kann, da dies bei den zu treffenden Entscheidungen zu Verzögerungen führen dürfte. Was die künftigen politischen Machtverhältnisse angeht, so würde verwundern, wenn nicht auch dort islamische Kräfte die Nase vorn hätten.

In Marokko, wie übrigens auch in Jordanien, haben die jeweiligen Machthaber, *König Mohammed VI.* und König *Abdullah II.*, schnell auf die aufgekommenen Proteste reagiert. In beiden Ländern wurde die Verfassung geändert. In Marokko weitreichend, in Jordanien eher zurückhaltend. In Marokko konnten die Bürger über die neue bzw. geänderte Verfassung abstimmen, in Jordanien nicht. In Marokko fanden im November 2011 vorgezogene Parlamentswahlen statt, in Jordanien werden diese frühestens für das Jahresende 2012 erwartet.

Aus den vorgezogenen Parlamentswahlen, die am 25. November 2011 in Marokko stattgefunden haben, ist die als moderat islamistisch bezeichnete Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung - PJD als Sieger hervorgegangen.

Auf dem Gebiet wirtschaftlicher Reformen ist in beiden Ländern bisher so wenig geschehen wie in Tunesien und Ägypten, obwohl gerade hier der Schuh die Menschen am meisten drückt. Beide Länder, wie auch Tunesien und Ägypten, weisen eine hohe Arbeitslosenquote aus, die unter der jungen Bevölkerung überproportional hoch ist. Die Wirtschaftsleistung ist in beiden Ländern im Verlauf des Jahres 2011 deutlich zurückgegangen. Beide Länder verfügen über nur wenige Rohstoffe (vor allem Phosphat) sowie eine vergleichsweise schwach ausgeprägte Industrie. Landwirtschaft, Bergbau und Tourismus, sind in beiden Ländern die wesentlichen Stützen der Volkswirtschaft.

Neben einer Reihe von Parallelen, die zwischen Marokko und Jordanien bestehen, gibt es auch Unterschiede, die für die weitere Entwicklung der beiden Länder von Bedeutung sein dürften.

Letztgenanntes trifft beispielsweise auf die Gesellschaftsstruktur zu. Jordanien ist bis heute durch seine seit Jahrhunderten bestehende Stammeskultur geprägt. Daran hat auch die seit 1948 in mehreren Schüben stattgefundene Zuwanderung einer großen Zahl Palästinenser, die heute überwiegend jordanische Staatsbürger sind und in den großen Städten Amman, Irbid und Zarqa leben, nur in geringem Umfang etwas geändert. Knapp 60% der heutigen jordanischen Bevölkerung ist palästinensischer Abstammung. Die Gesellschaft Marokkos, das sowohl bevölkerungs- als auch flächenmäßig betrachtet fünfmal so groß ist wie Jordanien, ist als wesentlich homogener zu bezeichnen. 80% der Bevölkerung Marokkos sind Berber, die mehrheitlich arabisiert sind. Innergesellschaftliche Spannungen, wie man sie aus Jordanien zwischen Transjordaniern und Jordaniern palästinensischer Abstammung kennt, spielen keine große Rolle. Auch ist Marokko nicht mit einem Konflikt wie dem zwischen Israel und den in der Westbank und Gaza lebenden Palästinensern konfrontiert, der für Jordanien existentiell ist. Um den Konflikt 'Westsahara', der Marokko lange Zeit beschäftigt hat, ist es seit dem Waffenstillstand von 1991 ruhig geworden.

Trotz vorgenannter und weiterer Unterschiede überwiegen zwischen beiden Ländern die Gemeinsamkeiten. Beide Monarchen haben 1999, im Abstand von nur fünf Monaten, den Thron bestiegen, beide sind bis auf ein Jahr gleich alt, und beide Monarchen haben sich politische und wirtschaftliche Reformen zum Ziel gesetzt. Beide Länder haben eine zu mindestens 90% aus Sunniten bestehende Bevölkerung und in beiden Ländern ist der König sowohl staatliches als auch religiöses Oberhaupt sowie Oberbefehlshaber der Streitkräfte. Was die Legitimation der beiden Monarchen angeht, so führt der Stamm der Alawiden, dem Mohammed VI. angehört, seine Abstammung bis auf den Enkel des Propheten Mohammed zurück. Die Haschemiten, der Stamm, dem der jordanische König Abdullah II. angehört, führt seine Abstammung sogar bis auf den Urgroßvater des Propheten Mohammed zurück. Beide Stämme kommen aus dem Hedschas, einer Region im Westen des heutigen Saudi-Arabiens, in dem die bedeutendsten Heiligen Stätten des Islam, Mekka und Medina, liegen. Eine größere Legitimation als die Vorgenannte kann der Führer eines Landes, in dem der Islam Staatsreligion ist, nicht haben. Dies hat sich im Verlauf des 'Arabischen Frühling' bestätigt. Die Proteste hatten in beiden Monarchien primär nicht deren Königshäuser, sondern vielmehr die von den jeweiligen Machhabern eingesetzten Regierungen, und in Jordanien darüber hinaus das Parlament, zum Ziel. Trotz des hohen Grades der Legitimation wurden aber auch in diesen beiden Monarchien Forderungen nach politischen und wirtschaftlichen Reformen laut.

Wenn man das Jahr 2011 zum Maßstab nimmt, so hat Marokko sowohl in Bezug auf die Einleitung politischer Reformen als auch in Bezug auf deren Reichweite derzeit die Nase vorn. Der marokkanische König war bereit, bei der Überarbeitung der Verfassung, die 2011 in beiden Ländern stattgefunden hat, weiter zu gehen als sein jordanisches Pendant. Aufgrund der innenpolitischen Lage ging König Abdullah II. in Jordanien lieber auf Nummer sicher. Er hat es am Ende bei überwiegend als kosmetisch zu bezeichnenden Korrekturen belassen (wenn man von der Einrichtung eines Verfassungsgerichtes, einer unabhängigen Wahlkommission sowie der Beschneidung der Kompetenzen der Militärjustiz einmal ab-

sieht). Nicht nur, dass der marokkanische König im Rahmen der Verfassungsänderung auf sein bis dahin uneingeschränktes Recht, den Premierminister und die Minister der Regierung zu ernennen, verzichtet hat. Er hat darüber hinaus, am 01. Juli 2011, die Bevölkerung im Rahmen eines Referendums über die neue Verfassung abstimmen lassen. Mehr als 98% der Wahlbeteiligten stimmten für die neue Verfassung. Die Wahlbeteiligung lag bei 73%. Der marokkanische König nimmt auch nach der Änderung der Verfassung die zentrale Rolle im politischen System Marokkos ein. Zwar werden durch die neue Verfassung die Befugnisse des Premierministers, des Parlaments und auch der Justiz erweitert, der König bleibt aber auch weiterhin religiöses Oberhaupt und Oberbefehlshaber der Streitkräfte, und er hat weiterhin die Befugnis, das Parlament aufzulösen. Den Premierminister muss der König künftig aus den Reihen der Partei ernennen, die bei der Wahl die meisten Stimmen erhalten hat. Die Stellung des Premierministers wurde dahingehend gestärkt, als dass er sein Kabinett künftig weitgehend selbst zusammenstellen darf und der König Minister auf Vorschlag des Premierministers ernennt.

Letztgenanntes sind Ziele, die der jordanische König nach eigenem Bekunden auch verfolgt. Wann er glaubt, dass die Zeit dafür reif ist, lässt er offen. Bisher ist ganz allgemein von 'in einigen Jahren' die Rede. Die Hoffnung die zu bestehen scheint, ist, dass bis dahin ein politisches Gegengewicht zu den jordanischen Muslimbrüdern und den islamischen Parteien aufgebaut ist. Wie dies bewerkstelligt werden soll, ist nur in Umrissen erkennbar. Die Idee, Parteien von oben verordnet zu gründen und dann darauf zu hoffen, dass sich Menschen darin betätigen, erscheint wenig realistisch. Zu Beginn einer solchen Entwicklung müsste vielmehr das Interesse der Bevölkerung an Parteien und politischer Mitarbeit geweckt werden. Beides ist bisher eher gering, auch wenn man aufgrund der seit 12 Monaten andauernden Proteste anderes vermuten würde. Die staatstragenden Stämme Jordaniens pflegen ihre Anliegen direkt mit dem König zu besprechen. Sie benötigen keine Parteien. Anders die Bevölkerungsteile, die keinen so privilegierten Zugang zum Königshaus haben. In ihrem Interesse müsste es sein, ein stärkeres politisches Gewicht zu bekommen, was ihnen am ehesten über politische Parteien gelingen dürfte.

Zum Abschluss der kurzen 'Tour d'Horizon' durch den 'Arabischen Frühling' kommt man nicht umhin, noch kurz auf zwei weitere Unruheherde in der arabischen Welt zu blicken, die von einer Befriedung entweder noch weit entfernt scheinen (Jemen) oder wo man bereits glaubte, dass die Protestwelle überstanden ist und wo es in den letzten Wochen dann doch wieder zu Protesten gekommen ist (Bahrain).

Zum Jemen hatte der Berichterstatter noch in seinem letzten Bericht geschrieben, dass Präsident *Ali Abdullah Saleh* zwar noch für den Erhalt der Macht kämpfen lässt, dies aber „...wohl nicht mehr für sich selbst, sondern eher für seinen Nachfolger. Dass er aus Saudi-Arabien noch einmal in den Jemen zurückkehrt, gilt als unwahrscheinlich. Vielmehr dürfte das, was sich derzeit im Jemen abspielt, als blutiges Rückzugsgefecht Salehs anzusehen sein, was noch viele Menschen das Leben kosten kann“.

Auch wenn Präsident Saleh den Berichterstatter nur wenige Tage nach Abschluss seines Berichtes eines Besseren belehrt hat und aus Saudi-Arabien in den Jemen zurückgekehrt ist, so hat alles weitere damals Geschriebene auch heute noch Bestand. Insbesondere das Morden geht im Jemen unvermindert weiter.

Am 23. November 2011 hat Präsident Ali Abdullah Saleh in Saudi-Arabien seinen Verzicht auf die Macht unterzeichnet, nachdem er dies zuvor zwar bereits mehrfach angekündigt, am Ende dann aber nie wahr gemacht hatte. Der vom Golfkooperationsrat in Abstimmung mit Europa und den USA ausgearbeitete Entwurf ist in Kürze auf den Nenner 'Straffreiheit gegen Amtsverzicht' zu bringen. Die unterzeichnete Vereinbarung sieht vor, dass Saleh innerhalb von 30 Tagen nach Unterzeichnung die Macht an seinen Stellvertreter übergibt und binnen 90 Tagen nach Unterzeichnung ein neuer Präsident gewählt wird. Formell bleibt Saleh bis zur Wahl eines neuen Präsidenten im Amt. Um das Morden im Jemen möglichst schnell zu beenden, war man bereit, Saleh im Falle eines Amtsverzichts Straffreiheit zu gewähren. Die USA haben Saleh lediglich die Einreise zu einer medizinischen Behandlung genehmigt. Mit Blick auf die Außenwirkung auf die Oppositionskräfte in der arabischen Welt wollte man ihm kein Asyl gewähren. Stattdessen suchten die USA angestrengt nach einem Aufnahmestaat. Mit Oman scheint sich dieser Tage ein Staat gefunden zu haben, der bereit ist, Saleh aufzunehmen. Nach letzten Angaben ist Saleh am 22. Januar 2012 in Begleitung seiner Familie in die USA gereist. Nach seiner Behandlung in den USA will er als Vorsitzender der jemenitischen Regierungspartei 'Allgemeiner Volkskongress' in den Jemen zurückkehren. Sofort stiegen die Befürchtungen, dass der alte Fuchs einmal mehr versuchen könnte, sich doch noch an der Macht zu halten. Vor wenigen Tagen hat die jemenitische Übergangsregierung einem Gesetzentwurf zur Amnestie für den scheidenden Präsidenten zugestimmt, dem am 21. Januar 2012 auch das Parlament zugestimmt hat. Darüber, welcher Personenkreis unter dieses Amnestiegesetz fällt, gehen die Meinungen auseinander. Die einen sind der Auffassung, dass es auf Saleh und seine engsten Familienangehörigen begrenzt ist. Andere vertreten die Auffassung, dass es auch früheren Mitarbeitern von Saleh Straffreiheit garantiert. Teile der Opposition, insbesondere die Jugend, haben bereits mitgeteilt, dass sie das Amnestiegesetz nicht anerkennen werden. Was Saleh wirklich will, wird von Tag zu Tag undurchsichtiger. Glaubt er, dass es für ihn noch einen Weg zurück an die Macht gibt? Ist eine Rückkehr Salehs an die Macht tatsächlich ausgeschlossen? Am 21. Februar 2012 soll im Jemen ein neuer Präsident gewählt werden, nach dem Vizepräsident Abd Rabbo Mansu Hadi im Dezember 2011 bereits eine Übergangsregierung vereidigt hat.

Derweil wird berichtet, dass Al-Qaida, die Al-Qaida auf der Arabischen Halbinsel, im Jemen weiter auf dem Vormarsch ist. Am 15. Januar 2012 haben mehr als 1.000 Al-Qaida Kämpfer die 60.000 Einwohner zählende Stadt Radda, rund 150 Kilometer südlich der Hauptstadt Sanaa gelegen, gestürmt. Sie halten diese seitdem besetzt. Schwer bewaffnet, mit Bildern des Kopfes des Netzwerkes, Ayman al-Zawahiri, sowie schwarzen Fahnen mit den Anfangsworten der Schahada, dem Bekenntnis zum Islam: 'La ilaha illa Allah Muhammadun rasul Allah' ('Es gibt keinen Gott außer dem einen Gott und Mohammed ist sein Gesandter'), was den ersten beiden Teilen des Glaubensbekenntnisses zum Islam entspricht, patrouillieren sie seitdem durch die Stadt. Mit Lausprechern verkünden sie, dass Radda ab sofort eine islamistische Stadt ist. Über der größten Moschee der Stadt weht die Flagge der Al-Qaida. Das Betreten und Verlassen der Stadt ist untersagt. Mehr als 100 Gefangene wurden aus dem Gefängnis der Stadt befreit, darunter eine nicht näher bezeichnete Zahl von Al-Qiada Kämpfern. Sicherheitskräfte der Regierung wurden entführt.

Die vorgenannten Ereignisse werfen einmal mehr eine Reihe von Fragen auf.

Welche Rolle spielt der noch amtierende Präsident Ali Abdullah Saleh bei diesen Ereignissen? Beabsichtigt er durch eine gezielte Destabilisierung seines Landes sich wieder als starker Mann ins Gespräch zu bringen und so am Ende an der Macht zu bleiben? Selbst der langjährige Verbündete, die USA, fühlen sich zunehmend von Saleh betrogen. Die USA und darüber hinaus die Weltgemeinschaft können es sich nicht leisten hinzunehmen, dass der Jemen, nach Somalia, zu einem zweiten so genannten 'failed state' wird. Viel fehlt dazu nicht mehr.

Das Bab al-Mandab, das 'Tor der Tränen', welches an der südwestlichen Spitze des Jemen liegt, muss für die Passage des Suez-Kanals zwingend passiert werden. Es ist dies die Meerenge zwischen Jemen und Djibouti, die an ihrer schmalsten Stelle lediglich 27 km misst. Nachdem der Iran bereits die Straße von Hormus, die 55 km breite Meerenge zwischen dem Persischen Golf und dem Golf von Oman, zu schließen droht, eine zweite strategisch wichtige Stelle, die den Nerv der Weltwirtschaft empfindlich treffen könnte. Zwar gibt es, im Gegensatz zur Passage der Straße von Hormus, für die Durchfahrt des Bab al-Mandab bzw. das Passieren des Horns von Afrika, das zunehmend von überwiegend somalischen Piraten unsicher gemacht wird, eine Alternative. Die Fahrt um das Kap der Guten Hoffnung, d.h. um Südafrika, würde jedoch unweigerlich zu einer Verteuerung des wichtigsten Schmierstoffs der Weltwirtschaft führen. 40% des weltweit auf dem Seeweg transportierten und 20% des weltweit gehandelten Erdöls kommen von den Ölfeldern am Persischen Golf. Dieses Öl muss auf seinem Weg zu den Abnehmern folglich die Straße von Hormus passieren. Es kommt aus Saudi-Arabien, Kuwait, Irak, Iran und den Vereinigten Arabischen Emiraten. Noch ist es nicht soweit und der Jemen verfügt auch bei weitem nicht über das militärische Potential, das der Iran für ein Unternehmen wie die Sperrung der o.g. Meerenge einsetzen könnte. Dennoch zeigt es einmal mehr, wie sehr die Region des Nahen Ostens in Unruhe und im Umbruch, und wie stark die Weltgemeinschaft von den Ereignissen in diesem Teil der Welt betroffen ist.

In Bahrain, wo es im März 2011 zu schweren Auseinandersetzungen zwischen Sicherheitskräften der sunnitischen Führung des Landes und der schiitischen Mehrheit der Bewohner gekommen war, und wo die Lage nur mit militärischer Unterstützung aus Saudi-Arabien sowie mit Polizeikräften aus den Vereinigten Arabischen Emiraten unter Kontrolle gebracht werden konnte, schien sich die Lage bereits entspannt zu haben. Im IV. Quartal 2011 kam es dann zu neuen Protesten und Verhaftungen die bestätigten, was in früheren Berichten bereits zum Ausdruck gebracht worden war. Die Probleme Bahrains, die Herrschaft einer sunnitischen Minderheit über eine schiitische Mehrheit, sind noch lange nicht gelöst. König Hamad bin Isa al-Khalifa hat sich inzwischen von der Anwendung brutaler Gewalt aufs Verhandeln verlegt. Der Versuch des Ausgleichs zwischen der schiitischen Mehrheit seines Landes und einer sunnitischen Minderheit, die politisch und wirtschaftlich das Sagen hat, ist erkennbar. Da die Zugeständnisse an die schiitische Mehrheit bisher jedoch eher moderat sind und von politischer Partizipation der Minderheit nach wie vor nicht die Rede sein kann, werden die Proteste weitergehen. Dass das bestehende Problem rein wirtschaftlich gelöst werden kann, ist nicht erkennbar. Genauso wenig ist erkennbar, dass das bahrainische Königshaus bereit ist, Teile seiner Macht abzugeben bzw. seine Macht zu teilen. Alleine wenn die Gefahr bestünde, dass ein solcher Punkt erreicht werden könnte, wäre mit einer massiven Intervention der Nachbarländer Saudi-Arabien, Katar und Kuwait zu rechnen. Jordanien wäre als GCC-Mitglied dann mit von der Partie.

## 2.1 JORDANIEN

12 Monate nach dem auch in Jordanien die Proteste für wirtschaftliche und politische Reformen begonnen haben und nicht zuletzt, weil diese bis heute anhalten, scheint es angemessen, neben den Ereignissen im IV. Quartal 2011 auch ein wenig auf das gesamte Jahr 2011 zurückzublicken.

Zunächst gibt es aus Jordanien wieder einmal eine neue Regierung zu vermelden. Die 94. seit Entstehen des Emirats Transjordanien im Jahre 1923. Die neunte seit der Thronbesteigung von König Abdullah II. am 07. Februar 1999. Acht Premierminister, einer davon, Marouf al-Bakhit, sogar zweimal, sowie hunderte Minister haben in den zurückliegenden 13 Jahren ihrem König und ihrem Land, einige in erster Linie aber auch sich selbst, gedient. Die einen mehr, die anderen weniger. Die einen vorrangig unter der Prämisse der Entwicklung des Landes, die anderen mehr die eigenen Interessen im Blick habend.

Letzteres kann man ohne Böswilligkeit sagen, wenn man verfolgt, was seit Monaten fast im Wochentakt an Geldverschwendung und Korruption publik wird. Vielfach werden nur die Verdachtsfälle bekannt, was danach geschieht, geht entweder unter weil darüber nicht berichtet werden darf oder weil neue Verdachtsfälle Aufmerksamkeit erregen. Nur selten hört oder liest man etwas von Verurteilungen, so wie im Fall des Wirtschaftsmagnaten Khaled Shaheen. Dieser war im Juli 2010 wegen Korruption zu drei Jahren Haft verurteilt und in einem jordanischen Gefängnis der Luxus-Klasse inhaftiert worden. Im Februar 2011 wurde er auf wundersam anmutende Art und Weise wegen gesundheitlicher Probleme und der angeblichen Notwendigkeit, diese im Ausland medizinisch behandeln lassen zu müssen, aus der Haft entlassen. Nur wenig später wurde er von findigen Journalisten in Großbritannien aufgespürt. Bei bester Gesundheit. Diese und ähnliche Fälle erhitzen die Gemüter der Menschen, die unter der vor allem wirtschaftlichen Last des täglichen Lebens schwer zu tragen haben. Seit dem 17. August 2011 befindet sich Khaled Shaheen wieder in jordanischer Obhut. Verhandlungen mit britischen, US-amerikanischen und am Ende auch deutschen Behörden hatten zum Ergebnis, dass Shaheen am Abend des 17. August 2011 an Bord eines Linienflugs der halb-staatlichen Fluglinie Royal Jordanian von Frankfurt / Main wieder nach Amman zurückgebracht worden ist. Zwei Minister, der Minister für Gesundheit sowie sein Amtskollege für Justiz, sind darüber zurückgetreten bzw. mussten deswegen zurücktreten. Mit der ungewöhnlichen Freilassung Shaheens, werden großzügige Geldzahlungen in Verbindung gebracht.

Das Jahr 2011 hat Jordanien drei Premierminister, drei Regierungen sowie eine Regierungsumbildung beschert.

Das Vorgehen ist jedes Mal das Gleiche. Ein Premierminister wird vom König ernannt, er bekommt von diesem die Direktiven, er stellt mehr oder weniger frei sein Kabinett zusammen, die Minister werden vom König ernannt und dann geht es an die Arbeit. Einmal stehen mehr Sicherheitsinteressen im Vordergrund, so wie es bei dem am 17. Oktober 2011 entlassenen Premierminister Marouf al-Bakhit der Fall gewesen zu sein scheint, einmal mehr wirtschaftliche Reformen, wie bei seinem am 01. Februar 2011 entlassenen Amtsvorgänger Samir Rifai. Nach einer einmal etwas längeren und einmal einer etwas weniger langen Zeit, selten aber nach mehr als zwei Jahren, macht sich beim König Unzufriedenheit über die 'Performance' der jeweiligen Regierung, wie man heute neudeutsch zu

sagen pflegt, breit, was zu ihrer Entlassung führt. Diese Vorgehensweise schützt den König vor direkter Kritik aus dem Volk und sie bietet im darüber hinaus die Möglichkeit, wann immer er der Auffassung ist, dass die Politik seinen Direktiven nicht ausreichend Rechnung trägt, in einer Art und Weise zu reagieren, die dem Volk Tatkraft suggeriert. Dieser Mechanismus funktioniert bis heute. Er ist, neben der hohen Legitimation durch die Abstammung vom Propheten, ein wesentlicher Garant seiner Macht. Diese Vorgehensweise wird bis heute praktiziert, mit einem Unterschied. Am 01. Februar 2011 scheint der König zum ersten Mal in der Geschichte Jordaniens eine Regierung weniger wegen seiner Unzufriedenheit mit deren Politik, sondern wegen der Unzufriedenheit der Bürger mit deren Politik entlassen zu haben. Samir Rifai war am 14. Dezember 2009 mit dem Auftrag ins Amt gekommen, wirtschaftliche Reformen durchzuführen. Diese Aufgabe ist er, soweit dies von außen beurteilt werden kann, konsequent angegangen. Durch die Konzentration auf diese Aufgabe hat er jedoch andere Themen, die den Menschen im Nachgang der Pleite der US-amerikanischen Bank Lehman Brothers, die im September 2008 den Ausgangspunkt der bis heute anhaltenden internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise markiert, und die entgegen der Beteuerungen früherer jordanischer Regierung zunehmend doch auf Jordanien durchgeschlagen hat, vernachlässigt. Dies hatte zur Folge, dass sein Rückhalt, wie im Übrigen auch der Rückhalt des gerade erst am 09. November 2010 neu gewählten Abgeordnetenhauses, in der Bevölkerung rapide sank. In diesem Zusammenhang ist erwähnenswert, dass Premierminister Rifai angesichts der Tatsache, dass König Abdullah II. am 24. November 2009 das 15. Abgeordnetenhaus aufgelöst hatte und die Wahlen zum 16. Abgeordnetenhaus erst am 09. November 2010 stattgefunden haben, über fast 11 Monate ohne Kontrolle des Parlaments hat regieren können, was ihm die Verabschiedung einer ganzen Reihe von Gesetzen ermöglicht hat. Der König hatte ihm hierzu den Weg frei gemacht. Trotzdem kam der König am Ende nicht darum herum, Premierminister Rifai zu entlassen. Hätte er dies nicht getan, hätte sich der Protest zunehmend auch gegen ihn gerichtet.

Seit dem 24. Oktober 2011 soll es jetzt Premierminister *Awn Khasawneh* richten.

Ein Ministerium, das erst im Juli 2011 eingerichtete Wirtschaftsministerium, aufgelöst. Wäre man zynisch, könnte man sagen, dass in der Wirtschaft im Moment ohnehin nicht viel vorangeht. Zwei Ministerien zusammengelegt -das für Politische Entwicklung mit dem für Parlamentsangelegenheiten. Drei Ministerien neu eingerichtet -eines für Kabinettsangelegenheiten, eines für Rechtsangelegenheiten sowie ein weiteres für Jugend und Sport. Mit Letzterem hat man versucht, der Protestbewegung, die von Jugendlichen und jungen Leuten initiiert und über weite Strecken auch getragen worden ist, zu signalisieren: Wir nehmen euch ernst. Aktuell scheint sich diesbezüglich das Blatt in Jordanien ein wenig zu wenden. In dem Maße, wie die Muslimbrüder stärker in die Öffentlichkeit drängen und von der Politik als Gesprächs- und Verhandlungspartner auch gesucht werden, hat man den Eindruck, dass die Jugendbewegung ins Hintertreffen gerät. Binnen fünf Tagen stand die neue Regierung. Diesbezüglich war man in Jordanien schon immer schnell. 30 Ministerien mit 27 neuen Ministern, wovon 16 in länger zurückliegenden Regierungen schon einmal ein Ministeramt inne hatten. 28 Männer und zwei Frauen, was von Frauenorganisationen zu Recht kritisiert wurde. Angesichts des ständigen Wechsels der Regierungen ist man fast schon geneigt zu sagen: 'Neuer Versuch, neues Glück'. Doch dies würde dem Ernst der Lage nicht gerecht werden.

Die vordringlichste Aufgabe der Regierung Khasawneh wird es sein, das von ihren Vorgängern in der Bevölkerung verspielte Vertrauen zurückzugewinnen. Leicht dürfte dies nicht werden, doch Premierminister Khasawneh genießt hohes Ansehen. Von 2000 bis zu seiner Ernennung war er Richter am Internationalen Gerichtshof in Den Haag, von 2006 - 2009 dessen stellvertretender Präsident. Davor war er u.a. Leiter der Rechtsabteilung des jordanischen Außenministeriums, Botschafter, Rechtsberater des 1999 verstorbenen Königs Hussein I. von Jordanien sowie unter demselben, Leiter des Königlichen Hofes. Den Vorteil, den er in der Bevölkerung genießt, ist, dass er von außerhalb der politischen Zirkel in Jordanien kommt. Er gilt als Technokrat. Aufgrund seiner bisherigen Tätigkeit und dem, was er bis jetzt hat verlauten lassen, steht er für die Einhaltung der Gesetze. Dies kann bei den bevorstehenden Aufgaben ein Vorteil sein. Insbesondere wenn es um die Bekämpfung der Korruption oder um die Einrichtung einer unabhängigen Wahlkommission geht. Zwei wesentliche Forderungen der Protestbewegung. Zwischen den verschiedenen politischen Lagern und den unterschiedlichen gesellschaftlichen Strömungen kann er als unabhängiger Vermittler auftreten.

Auch drei Monate nach seiner Ernennung ist der Premierminister in allen politischen und gesellschaftlichen Lagern noch wohlgekommen, was in Jordanien weder leicht noch selbstverständlich ist. Für die Minister gilt dies nur mit Einschränkung. Khasawneh ist um Ausgleich zwischen allen politischen und gesellschaftlichen Kräften bemüht. Selbst gegenüber der 1987 gegründeten und von vielen westlichen Staaten als terroristische Vereinigung eingestuften Hamas, die von 1999–2011 in Jordanien verboten war, hat er die Hand zum Dialog ausgestreckt. Nicht zuletzt dies machte ihn auch zum von den jordanischen Muslimbrüdern, deren politischem Arm, der Islamischen Aktionsfront - IAF, und anderen islamischen Parteien akzeptierten Gesprächspartner. Zum ersten Mal hat man den Eindruck, dass so etwas wie ein echter nationaler Dialog in Gang kommen könnte. Etwas, worüber schon früh im Jahr 2011 geredet und wozu auch eine eigene Kommission, das 'National Dialogue Committee', ins Leben gerufen worden war, von der man aber nur begrenzt den Eindruck hat gewinnen können, dass sie ihrer Aufgabe, der umfassenden Einbindung aller gesellschaftlichen und politischen Kräfte, nachgekommen war. Nach dem der Dialog der neuen Regierung mit den Muslimbrüdern in den zurückliegenden Wochen besonders intensiv war (nicht zuletzt weil nach dem Ausgang der Wahlen in Tunesien, Marokko und Ägypten den hiesigen Repräsentanten des Staates immer mehr bewusst werden dürfte, dass der Ausgang freier, fairer und transparenter Wahlen in Jordanien nicht wesentlich anders als in Marokko und Tunesien mit einem Sieg der Muslimbrüder bzw. islamischer Parteien enden dürfte, wenn diese antreten), werden bereits erste Stimmen anderer Oppositionsparteien laut, die eine zu einseitige Ausrichtung der Gespräche auf die islamischen Parteien und die Muslimbrüder beklagen. Insbesondere die Jugendbewegung läuft Gefahr, dass sie, die sie die Proteste in Jordanien ins Rollen gebracht hat, zunehmend an den Rand des Geschehens gedrängt wird.

Die Nagelprobe für die neue Regierung steht noch aus. Politisch wie auch wirtschaftlich. Politisch, weil vor allem die islamischen Parteien, aber auch Teile der Jugend, von ihrer Forderung nach Beteiligung an der Macht nicht mehr ablassen werden. Wirtschaftlich, weil es den meisten Menschen, die sich bisher an den Protesten beteiligt haben, ganz wesentlich auch um die Bekämpfung von Korruption, die Schaffung von Arbeitsplätzen sowie ganz allgemein um Zukunftsperspektiven geht.

Die Kassen Jordaniens sind leer, die Wunschliste der Bevölkerung ist lang und politisch würde man am liebsten alles so belassen, wie es ist. Ungünstiger könnte die Ausgangslage fast nicht sein. Höhere Löhne in fast allen Bereichen, mehr Subventionen für Nahrungsmittel, Strom, Öl, Benzin, Wasser, Transport etc., mehr und vor allem besser bezahlte Arbeitsplätze, am besten beim Staat, stehen auf der Wunschliste der Bevölkerung ganz oben. Aber auch mehr politische Partizipation und eine stärkere Bekämpfung der Korruption, die den Staat nicht zuletzt finanziell zu strangulieren droht, wenn die großzügigen Wirtschafts- und Finanzhilfen aus dem Ausland nicht auch zukünftig so fließen, wie sie es in 2011 getan haben. Alles in allem dürfte Jordanien in 2011 bis zu 2 Mrd. Euro Auslandshilfe bekommen haben (bei rund 6 Millionen Einwohnern und einem Haushalt des Jahres 2011 in Höhe von rund 7 Mrd. Euro). Saudi-Arabien und die USA sind diesbezüglich als die großzügigsten Geber zu nennen. Aber auch die andere Golfstaaten wie Katar, Kuwait und die Vereinigten Arabischen Emirate, die Europäische Union und darüber hinaus einzelne Länder der Europäischen Union wie Frankreich, Großbritannien und Deutschland, sind von jeher großzügige Geber.

Trotz eines Rückgangs seit einigen Jahren zählt Jordanien auch heute noch zu den Ländern, die weltweit die höchste Pro-Kopf Förderung an Entwicklungsgeldern erhalten. Viele der Gelder sind projektgebunden oder fließen in zuvor fest vereinbarte Bereiche, nicht in den Haushalt. Militär, Rüstung und Sicherheit, stehen diesbezüglich an oberster Stelle. Das Internationale Konversionszentrum in Bonn – BICC hat im Rahmen seines gerade veröffentlichten Militarisierungsindex (GMI), der auf Daten des Jahres 2010 basiert, festgestellt, dass Jordanien einen der ersten zehn Plätze in diesem Index belegt (von insgesamt 149 untersuchten Staaten). Der Index stützt sich auf Angaben des Internationalen Währungsfonds - IWF, der Weltbank, der Weltgesundheitsorganisation - WHO, des 'International Institutes for Strategic Studies - IISS sowie des Stockholmer Friedensforschungsinstituts - SIPRI'. Der GMI bildet das relative Gewicht und die Bedeutung des Militärapparates eines Landes in Relation zur Gesellschaft als Ganzes ab. Fünf der ersten zehn Plätze werden von Ländern im Nahen Osten belegt. Israel (1), Syrien (3) und Jordanien (5) liegen noch vor den reichen Golfstaaten Kuwait (8) und Saudi-Arabien (10). Der Iran rangiert in dieser Aufstellung auf dem 32. Rang. Russland liegt auf Rang 4, die USA auf Rang 30, Indien auf Rang 75, Deutschland auf Rang 81 und China gar nur auf Platz 83. Der so genannte BICC-Report wurde mit finanzieller Unterstützung des Bundesministeriums für Wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit erstellt. An Entwicklungsprojekten wird in Jordanien so ziemlich alles gefördert, was man sinnvollerweise nur fördern kann. Bildung, Justizwesen, Kultur, Wirtschaft, Politik, Landwirtschaft, Tourismus, Medien, Straßenbau, Gesundheit, Energie, Wasser und noch vieles mehr. Weniger als ein Drittel der US-amerikanischen Gelder fließt direkt in den Staatshaushalt. Vom Verbleib der saudischen Gelder, die in 2011 bis zu 1 Mrd. Euro betragen haben sollen, erfährt man so gut wie nichts.

Trotz der vorgenannten Summen weist der Haushalt des Jahres 2011 am Ende noch ein Defizit in Höhe von rund 17% seines Gesamtumfangs, umgerechnet rund 1,2 Mrd. Euro, auf. Es gab in 2011 allerdings auch Effekte, die die Ausgaben in die Höhe getrieben haben. Die immer wieder erfolgten, teilweise Wochen andauernden Unterbrechungen der Gaslieferungen aus Ägypten, die für die Stromversorgung Jordaniens existentiell sind, sind diesbezüglich zuvorderst zu nennen. 98% seiner Energie muss Jordanien importieren. Rund 80% der Stromerzeugung

basiert auf Gas, das fast ausschließlich aus Ägypten kommt. Genauer gesagt bis zum März 2011 aus Ägypten kam. Die Preise dafür lagen bis dahin bis zu 70% unter dem Weltmarktpreis. Sie waren noch zu Zeiten Mubaraks ausgehandelt, und für 12 Jahre festgeschrieben worden. Die neue ägyptische Regierung fühlt sich an diese Verträge nicht mehr gebunden. Ihrem Drängen auf Nachverhandlungen musste sich Jordanien beugen. Dies wäre finanziell vermutlich noch zu schultern gewesen, gleichwohl sich der Preis fast verdreifacht hat. Dass aber zeitgleich, aufgrund der fragilen Sicherheitslage seit dem Sturz Mubaraks, auf dem Sinai mehr als 10 Anschläge auf die für Jordanien so wichtige Gaspipeline verübt worden sind, brachte die Energieversorgung Jordaniens an den Rand des Zusammenbruchs und den Haushalt in schwere finanzielle Bedrängnis. Insgesamt war die Gasversorgung über mehrere Monate des Jahres 2011 unterbrochen. Jordanien war gezwungen, bei der Stromerzeugung auf wesentlich teureres Öl umzusteigen. Die Mehrkosten sollen alleine in 2011 bei über einer Milliarde Euro gelegen haben. Gleichzeitig konnte der Strompreis nicht erhöht werden, weil dies die Bevölkerung noch weiter erzürnt hätte. Nach Angaben der Regierung haben sich die Gestehungskosten für eine Kilowattstunde Strom im Laufe des Jahres 2011 auf aktuell rund 0,17 Euro verdreifacht. Der dem Endabnehmer in Rechnung gestellte Preis soll bei aktuell rund 0,06 Euro liegen. Dies hat zur Folge, dass alleine in diesem Bereich der Subventionsbedarf beträchtlich gestiegen ist. Eine Besserung ist für 2012 nicht in Sicht.

Die Inflation des Jahres 2011 wird vom jordanischen 'Department of Statistics - DOS' mit 4,6% angegeben. Dieser Wert ist geringfügig niedriger als der des Jahres 2010, der mit 5% angegeben wird. Gravierender als die absolute Höhe der Inflation ist, dass das Wirtschaftswachstum auch in 2011 deutlich unter dem Wert der Inflationsrate lag. Nach einem Wirtschaftswachstum von knapp 3% in 2010 und einem vorläufig mit 2,5% angegebenen Wert für 2011, geht der IWF für 2012 von einem geringfügig höheren aber nichtsdestotrotz geringen Wirtschaftswachstum in Höhe von 2,9% aus. Es ist daher bereits jetzt abzusehen, dass das Wachstum auch in 2012, im dritten Jahr in Folge, hinter der Inflationsrate zurückbleiben wird. Standard & Poor's hat Ende November 2011 das Rating Jordaniens um eine weitere Stufe auf BB gesenkt (d.h. ein entsprechendes Investment wird als spekulative Anlage eingestuft, bei der im Falle einer weiteren Verschlechterung mit Ausfällen zu rechnen ist). Es war dies, nach Februar 2011, die zweite Herabstufung Jordaniens im Jahr 2011. Der Ausblick wurde von 'stabil' auf 'negativ' gesenkt. Auch die zweite große internationale Ratingagentur Moody's, hat Jordanien in 2011 abgewertet, es aber bei einer einmaligen Abwertung belassen.

Den Haushalt des Jahres 2012 hat die Regierung vor wenigen Tagen bekannt gegeben. Demnach sollen die Ausgaben des Jahres 2012 gegenüber dem Vorjahr in einer Größenordnung von rund 7% steigen. Es wird von einem Haushaltsdefizit in Höhe von 7,3% des BIP ausgegangen. Mit einer Höhe von rund 1,2 Mrd. Euro soll es in etwa dem des Jahres 2011 entsprechen (d.h., gemessen am BIP und am Gesamthaushalt zurückgehen). Insgesamt sind Ausgaben in einer Größenordnung von rund 7,5 Mrd. Euro geplant. Die Ausgaben des Jahres 2012 werden zu weniger als der Hälfte aus Steuern bestritten werden können, wenn man die Zahlen des Jahres 2011 zugrunde legt (unterstellt, dass das Steueraufkommen in 2012 nicht überproportional wächst, was sich derzeit nicht abzeichnet). Das Steueraufkommen des Jahres 2011 hat sich nach offiziellen Angaben auf rund 3 Mrd.

Euro belaufen (rund 2,25 Mrd. Euro aus verschiedenen Verkaufssteuern und rund 750 Mill. Euro aus der Einkommensteuer). Das gesamte Steueraufkommen reichte 2011 knapp aus, um die Gehälter der Bediensteten und die Pensionen der Pensionäre im Öffentlichen Dienst zu bezahlen. Nimmt man den Schuldendienst mit hinzu, wurden nur rund 75% dieser Ausgaben aus den Steuer- und Sonstigen Einnahmen des Staates gedeckt. Damit war aber noch kein einziger Jordanischer Dinar investiert und kein einziger Jordanischer Dinar an Schulden getilgt worden. Noch nicht einmal die Zinsen für die bestehenden Schulden konnten aus diesen Einnahmen finanziert werden. Für 2012 hofft man auf höhere Einnahmen (aufgrund eines Anstiegs des Wirtschaftswachstums). Die Bediensteten vieler Bereiche des Öffentlichen Dienstes (z.B. Lehrer, Ärzte, medizinisches Pflegepersonal etc.) sowie dessen Pensionäre, auch die aus dem Militär- und Sicherheitsapparat, versuchen aktuell mit Demonstrationen und Streiks höhere Löhne und Pensionen durchzusetzen. Die Ausgaben werden daher weiter steigen und es würde nicht verwundern, wenn deren Anstieg einmal mehr stärker ausfallen würde als der Anstieg bei den Einnahmen. Dafür hofft man Subventionen kürzen zu können. Noch mehr aber hofft man, dass auch in 2012 die Zahlungen aus dem Ausland fließen. Mindestens in der Höhe von 2011, besser noch in größerem Umfang. Die Investitionen sollen nur wenig bis gar nicht erhöht werden, was auf lange Sicht gesehen fatal ist. Stattdessen versucht man internationale Investoren zu gewinnen, die im Rahmen so genannter PPP-Maßnahmen (Public Private Partnership), bei denen Jordanien aber immer zu mindestens 51% Mehrheitseigner bleiben möchte, in die öffentliche Infrastruktur investieren.

Die in den Premierminister gesetzten Erwartungen scheinen fast unerfüllbar zu sein. Doch Khasawneh lässt sich nicht aus der Ruhe bringen. Noch nicht. Ihm ist nicht entgangen, dass die Ungeduld in der Bevölkerung groß ist. Der Reformprozess geht ihr zu langsam vonstatten. Politisch wie auch wirtschaftlich. Nach drei Monaten Amtszeit wird von ihm zunehmend erwartet, dass er zu liefern beginnt. Dass er das liefert, wofür er ernannt worden ist und was man von ihm seitens der Bevölkerung und auch seitens des Königs erwartet. Das Königshaus sorgt sich nicht ganz zu Unrecht um den Erhalt seiner Macht, die Bevölkerung nicht zu Unrecht um ihr wirtschaftliches Auskommen. Die Forderungen sind zahlreich. Zu zahlreich für das, was Jordanien sich wirtschaftlich und finanziell eigentlich leisten kann. Die Problematik ist grundsätzlich die gleiche, wie die in den meisten europäischen Staaten und den USA. Schon viel zu lange lebt man über seine wirtschaftlichen Verhältnisse. Wie dort auch, soll es nicht enden wollendes Wachstum richten, nur will sich dieses grenzenlose Wachstum nicht so einstellen, wie man es von politischer Seite gerne hätte. Darüber hinaus sollen natürlich die Geldtransfers, an die man sich über die Jahre gewöhnt hat, dafür sorgen, dass nichts Wesentliches geändert werden muss. Änderungen sind in diesem Teil der Welt immer nur dann relativ unproblematisch, wenn der Gürtel dabei nicht enger geschnallt werden muss. Die Auseinandersetzung mit der Bevölkerung in Bezug auf eine Reduzierung der Ausgaben scheut man hier wie im Übrigen auch im Westen. Während in Demokratien in solchen Fällen die Abwahl droht, ist es hier der Umsturz bzw. die Revolte. Ansatzmöglichkeiten, Ausgaben zu sparen, gibt es zur Genüge. Da wäre zunächst die Eindämmung der Korruption zu nennen, die man schon fast als systemimmanent bezeichnen muss. Es liegt daher nahe, mit dem zu beginnen, was kein oder nur wenig Geld kostet. Mit politischen Reformen.

## 2.2 SYRIEN

Was die Lage in Syrien angeht, so kann auch zehn Monate nach Ausbruch der Unruhen in der Grenzstadt Dera'a leider nichts Positives berichtet werden. Im Gegenteil. Die Situation hat sich weiter verschlechtert. In manchen Regionen bzw. Städten kann schon heute nur noch von bürgerkriegsähnlichen Zuständen gesprochen werden.

Nach inoffiziellen Angaben sind bei den Unruhen bis dato rund 6.500 Menschen ums Leben gekommen. Die UN spricht offiziell von mehr als 5.400 Toten. Den höchsten Blutzoll hat bisher die Protesthochburg Homs entrichtet, aus der die Frau von Staatspräsident *Bashar al-Assad* stammt. Alleine dort sollen bisher mehr als 2.300 Menschen ums Leben gekommen sein. Die Zahl der Flüchtlinge dürfte sich in einer Größenordnung von inzwischen mehr als 25.000 bewegen. Verlässliche Zahlen sind nicht zu erhalten, zumal viele der Flüchtlinge nicht erfasst werden wollen. Die Angst vor dem langen Arm des Regimes ist groß. Auch im Ausland. Darüber hinaus will man eines Tages in ein anderes, ein besseres Syrien zurückkehren. Die überwiegende Zahl der Flüchtlinge wendet sich nach Norden, Richtung Türkei. Mehr als 15.000 Menschen dürften sich aktuell in Lagern hinter der syrisch-türkischen Grenze aufhalten. Sie werden von der Türkei und der dort lebenden Bevölkerung mit dem Notwendigsten versorgt. Auch in Jordanien sollen sich bis zu 4.000 Flüchtlinge aufhalten, die dort jedoch überwiegend bei Familienangehörigen und Verwandten untergekommen sind. Der Libanon sowie der Irak scheiden als sichere Fluchtländer aus. Zu beiden Ländern unterhält das Regime Assads inzwischen entweder gute Kontakte (Irak), oder es hat gleich mehr oder weniger starken Einfluss auf das, was dort geschieht (Libanon). Gleich mehrfach sind syrische Flüchtlinge auf libanesisches Staatsgebiet verfolgt, dort beschossen bzw. ermordet und in einigen Fällen auch gekidnappt und nach Syrien verschleppt worden. Möglich macht das die u.a. die als Statthalter Syriens im Libanon zu bezeichnende schiitisch-islamistische Hisbollah. Der libanesischer Staat ist entweder nicht willens oder aber zu schwach, derartiges zu unterbinden. Nach unbestätigten Angaben bereitet sich Jordanien bereits auf die Einrichtung von Flüchtlingslagern entlang der jordanisch-syrischen Grenze vor. Es soll Gespräche mit Vertretern der zuständigen UN-Organisationen gegeben haben. Sollte es in Syrien zum Äußersten kommen, wäre Jordanien einmal mehr als Aufnahmestaat gefordert. So wie im zweiten Golfkrieg von 1990/1991, im Laufe der Invasion der USA im Irak in 2003 sowie bei der Aufnahme der palästinensischen Flüchtlinge in den Jahren 1948 (israelischer Unabhängigkeitskrieg), 1967 (Sechstagekrieg) und 1973 (Jom-Kippur-Krieg). Ohne internationale Hilfe wird Jordanien eine solche Herausforderung nicht meistern können, zumal die eigenen politischen und wirtschaftlichen Probleme groß sind.

Was in der Vergangenheit bereits vermutet worden ist, scheint sich in der Realität sukzessive zu bestätigen. Der Iran unterstützt das Regime von Staatspräsident Bashar al-Assad. Ob mit Waffen, darüber gehen die Informationen auseinander. Nach Ermittlungen von UN-Experten hat der Iran unter Verstoß der UN-Resolutionen 1747 und 1929 Waffen an das Regime in Syrien geliefert. Dies teilte am 16. Januar 2012 zumindest das Quai d'Orsay, das französische Außenministerium, mit. Konkrete Angaben wurden nicht gemacht. Aus der Türkei wurde gemeldet, dass Zöllner vier iranische Lastwagen wegen des Verdachts der Lieferung von Militärmaterial nach Syrien an der Weiterfahrt gehindert haben. Bei der Ladung soll es sich um Waffen und Sprengstoff gehandelt haben. Vor der Küste

Zyperns wurde ein mit Munition beladenes Schiff aus Russland an der Weiterfahrt nach Syrien gehindert. Waffenlieferungen aus dem Iran sind seit kurzem auch über den Irak und damit auf dem Landweg möglich. Sie enden auch nicht zwangsläufig in Syrien, da mit der Hisbollah im Libanon ein weiterer Erfüllungsgehilfe des Iran Interesse daran hat, in den Genuss derartiger Lieferungen zu kommen. Dem Einsatz der Bundesdeutschen Marine vor der libanesischen Küste, so wie er im Rahmen des UNIFIL-Mandats zur Vermeidung von Waffenschmuggel durchgeführt wird, ist insofern jeden Tag eine fragwürdigere Bedeutung beizumessen. Die deutsche Politik wird nicht müde zu erklären, dass dieser Einsatz hilft, den Frieden im Nahen Osten zu sichern und darüber hinaus den Libanon zu stabilisieren. Wenn alles das, was nicht schadet, hilft, dann mag diese Aussage zutreffend sein.

Nach dem sich die Amerikaner zum Jahresende 2011 militärisch aus dem Irak zurückgezogen haben und das Verhältnis zwischen Iran und Irak inzwischen so gut ist, wie man sich nicht erinnern kann, dass es in der jüngeren Vergangenheit einmal gewesen war, ist nicht erkennbar, wer derartige Transporte, zumal wenn sie mit Wissen oder gar Genehmigung der politischen Führung in Bagdad durchgeführt werden, unterbinden sollte. Der Sturz Saddam Husseins hat dem Iran, über Irak, Syrien und den Libanon, den Weg zum Mittelmeer frei gemacht. Etwas, wovon der Iran bis 2003 nicht zu hoffen gewagt hat. Der Iran hat auf einmal, über seine vorgenannten Verbündeten, so etwas wie eine direkte Grenze mit seinem Erzfeind Israel. So war das sicher nicht geplant. Das Ergebnis ist das, was Beobachter in Bezug auf die Entwicklung im Irak als den Unterschied zwischen 'gut gemeint' und 'gut gemacht' bezeichnen. Ob der Einsatz der USA im Irak zu mehr Stabilität in der Region des Nahen Ostens beigetragen hat, mag jeder für sich selbst entscheiden. Das gleiche gilt für die Antwort auf die Frage, ob der Irak heute demokratischer ist als er es vor 2003 war. Den Einsatz der USA im Irak jedoch als vollen Erfolg zu bezeichnen, so wie es US-Präsident Obama aus Anlass der Rückkehr der letzten Soldaten aus dem Irak Ende des Jahres 2011 getan hat, kann man angesichts der Realität hingegen nur als übertrieben bezeichnen.

Dass die Unterstützung des Regimes in Damaskus durch technische Berater, Experten und Sicherheitspersonal erfolgt, ist immer weniger als ein Gerücht zu bezeichnen. Im letzten Quartalsbericht wurde geschrieben, dass der Iran zur Unterstützung des Regimes Assads Berater und Computerexperten nach Syrien entsandt haben soll, die dort behilflich gewesen sein sollen, die Protestbewegung, die sich auch in Syrien über das Internet sowie über Facebook und Twitter zu organisieren versucht hat, auszuspionieren. Anfang des Jahres 2012 mehren sich jetzt die Hinweise, dass auch Mitarbeiter des iranischen Geheimdienstes bei der Niederschlagung des Aufstandes im Einsatz sind. So berichtet beispielsweise ein zu den Rebellen übergelaufener Oberst der syrischen Armee, dass zu Beginn des Jahres 2012 in der Protesthochburg Homs fünf Männer festgenommen worden sind, die iranische Pässe mit sich geführt haben. Als Müllmänner verkleidet sollen sie im unmittelbaren Kampfgebiet aufgegriffen worden sein. Sie sollen Bilder bei sich gehabt haben, auf denen sie in iranischen Militäruniformen zu sehen sind. Der übergelaufene Oberst der syrischen Armee, der sich als Neffe des ehemaligen syrischen Verteidigungsministers Mustafa Tlass zu erkennen gab, erklärte weiter, dass aus der mitgeführten persönlichen Habe eines der Männer auch hervorgegangen ist, dass er Offizier der iranischen Revolutionsgarde ist. Aufgabe der von Ajatollah Chomeini im Jahre 1979 gegründeten iranischen Revolutionsgarde, der

Pasدران oder auch Wächter der Islamischen Revolution, ist es, die Errungenschaften der iranischen Revolution aus dem Jahre 1978/1979 zu verteidigen.

Nach dem bisher schon Tausende von Soldaten, zu denen auch hohe Offiziere und zwischenzeitlich sogar ein General gehören, übergelaufen sind, setzte sich zu Beginn des Jahres 2012 auch ein hochrangiger Beamter des Regimes mit seiner Familie ins Ausland ab. Die Auflösungserscheinungen nehmen zu, was jedoch nicht gleichbedeutend damit ist, dass das Regime Assads in Monats- oder gar Wochenfrist fällt. Im Gegenteil. Beobachter gehen davon aus, dass sich der Sturz des Regimes Assad noch über viele Monate hinziehen, und darüber das Jahr 2012 verstreichen könnte. Dass das Regime stürzen wird, davon wird ganz allgemein ausgegangen. Wann, das wagt niemand vorherzusagen. Was jeden Tag deutlicher wird ist, dass die Wahrscheinlichkeit einer Verhandlungslösung zwischen dem Regime und den Aufständischen immer geringer wird. Mit jedem Toten rückt diese Option mehr in den Hintergrund. Das Regime selbst scheint sich darauf festgelegt zu haben, den verbrecherischen Aufstand, wie es das Aufbegehren der Menschen nennt, niederzuschlagen, oder daran zugrunde zu gehen. So zumindest wird es aus dem Umfeld Assads berichtet. Von Letzterem geht das Regime jedoch nicht aus. So lange wie der Nachschub an Waffen und Munition gewährleistet ist und solange die ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrats Russland und China sich allen Bemühungen einer Verurteilung Syriens im UN-Sicherheitsrat widersetzen, so lange macht sich das Regime keine allzu großen Sorgen. Russland zeigte mit der Entsendung seines größten Flugzeugträgers, der konventionell betriebenen 'Admiral Kusnezow', sowie den ihn begleitenden Kriegsschiffen, die zu Beginn des Jahres 2012 im syrischen Hafen von Tartus vor Anker gegangen waren, Solidarität mit Assad. Gleichzeitig wollte es damit offenbar so etwas wie eine Drohkulisse gegenüber der NATO aufbauen mit dem Ziel, dieser zu verstehen zu geben, dass sie ein militärisches Engagement wie im Falle Libyens erst gar nicht in Erwägung ziehen sollte. Der Rückhalt des Regimes wird darüber hinaus durch die Enthaltung einiger großer, nicht ständiger Mitglieder im UN-Sicherheitsrat, namentlich Südafrika, Brasilien und Indien, gestärkt.

Der oberste Finanzkontrolleur des syrischen Ministerpräsidenten Abdel Safar, Mahmud al-Hadsch Hamad, hat sich zu Beginn des Jahres 2012 zusammen mit seiner Familie nach Ägypten abgesetzt. Was er zu berichten wusste, deutet auf den Zerfall eines Staates, nicht aber auf den baldigen Sturz des Regimes von Bashar al-Assad hin. Die Minister der Regierung bezeichnete Hamad als Gefangene, die ohne Begleitung der Sicherheitsdienste keinen Schritt mehr machen dürfen. Dies deckt sich mit Angaben aus anderen Kreisen. Er machte ferner die Sicherheitskräfte und hier insbesondere den allgemeinen militärischen Nachrichtendienst, das Direktorat für politische Sicherheit sowie den Nachrichtendienst der Luftwaffe für die ausufernde Gewalt gegen Demonstranten verantwortlich. Die Regierung sieht er bezüglich der Gewalt nicht in der Verantwortung. Vielmehr sollen sich mehrere Minister vom Regime Assads lossagen wollen, hätten aber bisher noch vor den damit verbundenen Konsequenzen Angst.

Bis zu 40.000 Soldaten sollen nach Angaben der Freien Syrischen Armee - FSA bisher übergelaufen sein. Eine Größenordnung, die seriös nicht überprüft werden kann. Die syrische Opposition, d.h. der syrische Nationalrat, der die wichtigsten syrischen Oppositionsparteien vereint, hat vor wenigen Tagen beschlossen, mit der FSA zusammen ein Verbindungsbüro zu eröffnen. Ziel des Verbindungsbüros soll es sein, sich politisch vor Ort besser aufeinander abzustimmen.

Die Arabische Liga ist bemüht im Falle Syriens nicht nur Flagge, sondern darüber hinaus auch Geschlossenheit zu zeigen. Insbesondere das Letztere fällt ihr nicht leicht, wie man aus der 66-jährigen Geschichte der Organisation weiß. Ihr gehören heute 21 arabische Staaten aus Vorderasien und Nordafrika an.

Am 12. November 2011 hat die Arabische Liga die Mitgliedschaft Syriens suspendiert. Libanon und Jemen haben gegen die Suspendierung gestimmt. Der Irak hat sich enthalten. Die Gründe des Libanon, der zur Zeit der Abstimmung noch nicht-ständiges Mitglied im UN-Sicherheitsrat war, liegen auf der Hand. Da wäre zunächst der nach wie vor sehr große Einfluss Syriens im Libanon zu nennen. Nicht nur politisch, sondern auch wirtschaftlich. Viele wohlhabende Syrer legen ihr Geld im Libanon an. Sie sind somit ein Wirtschaftsfaktor in dem kleinen Land. Darüber hinaus natürlich der politische Einfluss Syriens. Entweder direkt über Verbindungen in die Sicherheitskräfte, oder aber indirekt über ihren politischen Vasallen, die schiitische Hisbollah. Letztere hatte im Januar 2011 den Sturz der Regierung von Saad Hariri herbei geführt. Auch wenn im Libanon nur die Hisbollah offene Unterstützung für das Regime Assad zeigt, so ist die aktuelle Regierung von Najib Mikati doch in all dem was sie macht bzw. zu machen beabsichtigt davon abhängig, dass die Hisbollah dem zustimmt. Darüber hinaus hat man Angst, dass die zunehmenden konfessionellen Unruhen in Syrien auch auf den Libanon übergreifen könnten, und was Bürgerkrieg heißt, hat der Libanon in den Jahren von 1975–1990 leidvoll erfahren. Dennoch kommt man nicht umhin, dem Libanon eine gewisse Doppelmoral zu konstatieren. Noch im März 2011 hatte er die Resolution der Arabischen Liga unterstützt, die in der Folge als Resolution des UN-Sicherheitsrates das Mandat zur militärischen Intervention in Libyen erteilt hat. Die Gegenstimme des Jemen ist klar. Wie kann der Jemen eine Resolution gegen ein Land unterstützen, wenn auf seinem Staatsgebiet vergleichbares geschieht? Lediglich seine Lage in unmittelbarer Nachbarschaft der Golfstaaten sowie das Terrorpotential der Al-Qiada der Arabischen Halbinsel bewahren den Jemen davor, sich dem gleichen Druck wie Syrien ausgesetzt zu sehen. Die Zahl der Staaten, die um Deeskalation und Stabilisierung bemüht sind, ist im Falle Jemens größer als die Zahl derer, denen an einem destabilisierten Jemen mit allen daraus resultierenden Konsequenzen gelegen ist. Die Enthaltung des Irak verwundert auf den ersten Blick. Nach dem im Irak im Nachgang des Sturzes von Saddam Hussein Demokratie eingezogen sein soll (siehe hierzu verschiedene Reden des US-Präsidenten Barack Obama), müsste der Irak doch eigentlich auf der Seite der Demokratiebewegung stehen. Noch dazu war das Verhältnis Syriens zum irakischen Premierminister *Nouri al-Maliki* über viele Jahre ein sehr angespanntes, da der irakische Premierminister Syrien im Verdacht hatte, die schiitisch-geführte Regierung im Irak destabilisieren zu wollen. Ausgehend von der Überlegung, dass in der Nach-Ära Assad eine (radikal) sunnitische Herrschaft sich in Syrien durchsetzen könnte, ist die Befürchtung der politischen Führung im Irak groß, dass dies in der Folge auch im Irak die schiitisch-sunnitischen Auseinandersetzungen anfachen könnte. Dies dürfte eine der wesentlichen Erklärungen dafür sein, warum das an anderer Stelle bereits thematisierte Verhältnis zwischen dem Irak und dem Regime Assad heute besser ist als es in der jüngeren Vergangenheit je war (was nicht zwangsläufig heißt, dass es gut ist). Hinter allem stehen schlussendlich die regionalen machtpolitischen Interessen des sunnitischen Saudi-Arabiens und des schiitischen Iran, deren Kampf um die Vorherrschaft im Nahen Osten gegenwärtig nicht nur in Syrien beobachtet werden kann.

Die Suspendierung der Mitgliedschaft Syriens in der Arabischen Liga führte in Damaskus zu Angriffen auf die Botschaften Saudi-Arabiens und Katars, in Latakia auf die Konsulate Frankreichs und der Türkei. Syrische Sicherheitskräfte haben den Mob gewähren lassen. Bisher hatte die Liga nur in zwei Fällen von dem Mittel der Suspendierung der Mitgliedschaft eines ihrer Mitglieder Gebrauch gemacht. Einmal im Falle Ägyptens, dessen Mitgliedschaft wegen des Friedensvertrages mit Israel in den Jahren von 1979-1989 suspendiert war, und ein weiteres Mal in Libyen, dessen Mitgliedschaft von Februar - August 2011 suspendiert war.

Seit dem 26. Dezember 2011 führt die Arabische Liga in Syrien eine Beobachtermission durch, die zur Farce zu verkommen droht. Den aktuell 165 Beobachtern gehören auch 12 Teilnehmer aus Jordanien an, was das größte Kontingent der Mission stellt. Sie wird von dem sudanesischen General *Mohammed al-Dabi* geleitet. Nicht nur, dass die Mission bisher das Morden nicht hat beenden können, sind ihre Teilnehmer mehrfach selbst unter Beschuss geraten. Immer wieder werden Stimmen dahingehend laut, dass die Beobachter von den Kräften des Assad-Regimes an der Nase herumgeführt werden. Einmal sollen Soldaten in Polizeiuniformen gesteckt worden sein, um so den Eindruck zu erwecken, dass kein Militär vor Ort ist. Ein anderes Mal sollen Militärfahrzeuge überstrichen worden sein, um so deren Existenz zu kaschieren. Inzwischen äußern sich mehr und mehr Teilnehmer der Beobachtermission kritisch, was ihren Einsatz angeht. Ihr Ziel, das Blutvergießen zu beenden, hat die Mission bisher verfehlt. Dies hat den Leiter der Mission jedoch nicht davon abgehalten, für deren Fortsetzung zu plädieren. Dieser Empfehlung hat sich das Syrien-Komitee der Arabischen Liga angeschlossen und auf der Grundlage dessen Empfehlung, hat der Ministerrat der Liga am 22. Januar 2012 die Verlängerung der Mission beschlossen. Saudi-Arabien hat seine Beobachter mit der Begründung von der Mission zurückgezogen, dass Syrien seine Versprechen zur Beruhigung der Lage nicht erfüllt hat. Die Entscheidung zur Verlängerung der Mission dürfte mehr aus Mangel an Alternativen, denn aus echter Überzeugung von deren Nutzen gefallen sein. Bereits zuvor war zwischen der Arabischen Liga und den Vereinten Nationen vereinbart worden, dass Experten der UN die arabischen Beobachter ausbilden sollen. Das Training soll in Ägypten stattfinden. Hierfür sollen bereits in Kürze Vertreter der UN-Menschenrechtskommission nach Kairo reisen. Wie viele Experten das Training übernehmen werden und wie viele Beobachter ausgebildet werden sollen, ist noch unklar.

In einem am 15. Januar 2012 vom US-amerikanischen Fernsehsender CBS ausgestrahlten Interview hat der Emir von Katar, *Scheich Hamad bin Jassin al-Thani*, für Aufregung gesorgt. Insbesondere Jordanien dürfte er mit der Forderung erschreckt haben, als Mittel zur Beendigung des Blutvergießens Soldaten nach Syrien zu entsenden. Al-Thani leitet innerhalb der Arabischen Liga den Ausschuss, der sich mit den Ereignissen in Syrien befasst. Das seine Forderung auf wenig Unterstützung stoßen würde, dürfte dem Emir bewusst gewesen sein. Schon die Einigung auf Sanktionen, hat innerhalb der Liga zu wochenlangen Diskussionen geführt. Erwähnenswert ist der Inhalt des Interviews deshalb, weil in diesem Zusammenhang wieder das Angebot an Jordanien, dem Golfkooperationsrat beizutreten, ins Blickfeld geriet. Im letzten Quartalsbericht war darüber sinniert worden, was Jordanien im Gegenzug für wirtschaftliche Hilfe aus den reichen Golfstaaten als Brautgeschenk würde mitbringen müssen. Bereits damals haben sich nur die militärischen Fähigkeiten als in Frage kommend herauskristallisiert. Das Interview des Emirs, sorgte umgehend für Gesprächsstoff in Jordanien.

## 2.3 LIBANON

Was die Ereignisse im Libanon angeht, so soll darüber nur in Kürze berichtet werden. Zum einen gibt es diesbezüglich, im Vergleich mit den Ländern des 'Arabischen Frühling', nur vergleichsweise wenig zu berichten. Zum anderen hat sich im Libanon im Berichtszeitraum nichts wirklich Bewegendes ereignet. Darüber hinaus wurde bereits im Berichtsteil zu Syrien, dort wo es sich inhaltlich angebot hat, auf den Libanon und seine Rolle im Konflikt in Syrien hingewiesen.

Den Nimbus, als einziges arabisches Land im Nahen Osten eine Demokratie zu sein, ist der Libanon seit 2011 im Begriff zu verlieren. Der Libanon ist qua Verfassung eine Republik. Darüber hinaus ist er eine parlamentarische Demokratie. Der sehr stark ausgeprägte Konfessionalismus hat jedoch zur Folge, dass die Innenpolitik des Landes als komplex, und nicht zuletzt deshalb auch als nur wenig stabil bezeichnet werden muss. So werden die drei höchsten politischen Ämter auf der Grundlage eines Nationalen Paktes aus dem Jahre 1943 vergeben, der auf der Konfession als alleinigem Auswahlkriterium basiert. Relativ regelmäßig durchgeführte Wahlen, eine Parteienlandschaft, die wie vieles andere im Libanon konfessionell geprägt ist sowie eine Armee, die zumindest formal der parlamentarischen Kontrolle unterliegt, sind Elemente, die es rein formal betrachtet rechtfertigen, im Falle Libanons von einer Demokratie zu sprechen. In der Praxis hat dies jedoch nur selten etwas mit dem zu tun, was westliche Beobachter gemeinhin unter einer gelebten Demokratie verstehen.

Wieder einmal stand in den Wochen vor Weihnachten eine libanesische Regierung kurz vor dem Scheitern. Hintergrund war einmal mehr das Ringen um den Umgang mit dem Sondertribunal der Vereinten Nationen, welches die Aufklärung der Hintergründe der Ermordung des früheren libanesischen Premierministers Rafiq Hariri zur Aufgabe hat. Die Differenzen zu diesem Thema bestehen zwischen der sunnitischen Partei des Future Movement, der Partei des Ermordeten, und der schiitischen Hisbollah, die man, zusammen mit syrischen Kräften, als Drahtzieher hinter dem Attentat vermutet. Nach fast sechs Jahren Ermittlungsarbeit hatte der ermittelnde Staatsanwalt im Sommer 2011 Anklage gegen vier Mitglieder der Hisbollah erhoben. Sie sollen aktiv in die Ermordung Hariris verstrickt gewesen sein. Die Hisbollah leugnet dies vehement. Sie erwiderte die Anklage einmal mehr mit heftigen Angriffen auf das 2009 in Den Haag eingerichtete Sondertribunal. Vor Weihnachten stand wieder einmal an, über die Finanzierung des libanesischen Teils der Kosten des Tribunals zu befinden. Nicht grundsätzlich. Dazu hatte sich der Libanon schon früher verpflichtet. Es ging vielmehr um die konkrete Überweisung des libanesischen Anteils der Kosten für 2011, der, warum auch immer, in jedem Jahr aufs Neue einem Beschluss der libanesischen Regierung bedarf. Der Anteil des Libanon beläuft sich auf 49% der Gesamtkosten, was 2011 rund 35 Millionen US-Dollar entsprochen hat. Die Hisbollah lehnte die Zahlung aus dem allgemeinen Haushalt ab. Nicht zuletzt deshalb, weil sie der Auffassung war, dass wenn sie der Überweisung zustimmt, sie die Verfassungs- und Rechtmäßigkeit des Sondertribunals anerkennt. Etwas, was sie immer vehement bestritten hat und was sie um jeden Preis zu vermeiden suchte. Buchstäblich zum letztmöglichen Termin konnte mit Hilfe des libanesischen Staatspräsidenten eine Formel gefunden werden, die die Überweisung des Beitrages möglich machte. Die Zahlung erfolgte nicht aus dem allgemeinen Haushalt des Libanon, sondern aus dem Budget des Premierministers. Diese Lösung wäre vermutlich nicht erreicht worden, wenn Premierminister Najib Makati damit nicht sein Ver-

bleiben im Amt verbunden hätte. Diese weitere internationale Schwächung des Landes, wollte die Hisbollah am Ende dann doch nicht zu verantworten haben, weshalb es zu dem vorgenannten Kompromiss gekommen ist.

Darüber hinaus wird die Innenpolitik des Libanon nicht unwesentlich durch die Ereignisse in Syrien beeinflusst. Die Hisbollah tritt ganz offen als Unterstützer des Regimes Assad auf. Über die von der libanesischen Regierung dem Anschein nach tolerierten Übergriffe des syrischen Militärs und dessen Sicherheitskräfte auf in den Libanon geflohene Syrer, wurde bereits an anderer Stelle berichtet. Welcher Staat würde unter normalen Umständen die permanente Verletzung seiner Grenzen hinnehmen? Welche Regierung, dass ausländische Bürger auf ihrem Staatsgebiet entweder umgebracht, oder aber gekidnappt und ins Ausland entführt werden? Es wurde auch bereits angesprochen, dass die Hisbollah Kämpfer zur Unterstützung des Regimes Assad zu rekrutieren scheint. Zumindest meldeten mehrere Quellen übereinstimmend, dass sich Kleinlastwagen mit bewaffneten Personen in Richtung syrischer Grenze bewegt haben. Da sie keine Uniformen getragen haben sollen, muss man davon ausgehen, dass es sich nicht um Angehörige der libanesischen Armee gehandelt hat.

Nicht nur in Israel geht die Sorge um, dass wenn eines Tages das Regime Assad stürzt, dessen Waffen bzw. ein Teil derselben bei der Hisbollah landen. Diese könnten dann zum weiteren Ausbau der schiitischen Miliz im Libanon, darüber hinaus aber auch zum Einsatz gegen Israel verwendet werden. Insgesamt gesehen keine als beruhigend zu bezeichnende Perspektive.

Die Unterstützung Syriens durch die Hisbollah hat mehrere Facetten. Da ist zum einen der gemeinsame Förderer Iran. Dahinter steckt aber auch der gemeinsame Feind Israel. Was darüber hinaus zunehmend auch eine Rolle spielen dürfte, ist der sich in Syrien abzeichnende Konflikt zwischen Sunniten und Schiiten, der sowohl vom Iran als auch von Saudi-Arabien im Hintergrund unterstützt wird. Beobachter sprechen diesbezüglich schon von einem 'War of Proxies', der sich als Konflikt hinter dem Konflikt in Syrien abzeichnet.

## **Thomas Gebhard**

**Der Autor ist Leiter der Vertretung der Hanns-Seidel-Stiftung in Amman, Jordanien**

### **IMPRESSUM**

Erstellt: 23. Januar 2012

Herausgeber: Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Copyright 2011

Lazarettstrasse 33, 80636 München

Vorsitzender: Prof. Dr. h.c. mult. Hans Zehetmair, Staatsminister a.D., Senator E.h.

Hauptgeschäftsführer: Dr. Peter Witterauf

Verantwortlich: Christian J. Hegemer, Leiter des Instituts für Internationale Zusammenarbeit

Tel. +49 (0)89 1258-0 | Fax -359

E-Mail: [ijz@hss.de](mailto:ijz@hss.de) | [www.hss.de](http://www.hss.de)